

Niederschrift

über die Sitzung am Dienstag, 22.05.2012
im Kreishaus Borken, Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 2181)

Beginn: 17:05 Uhr
Ende: 19:55 Uhr

Anwesend:

Vorsitz:

Barbara Büscher Stadtlohn

Mitglieder:

| | | |
|----------------------|------------|-------------------------------------|
| Bernadette Aehling | Borken | |
| Dr. Mariele Averkamp | Reken | |
| Arno Berning | Raesfeld | |
| Uwe Fleischhauer | Legden | Vertretung für Herrn Herbert Krause |
| Hermann Gebbing | Isselburg | Vertretung für Herrn Reimar Ohström |
| Otger Harks | Stadtlohn | |
| Martin Huesmann | Ahaus | |
| Günter Kendzierski | Gronau-Epe | |
| Stephanie Pohl | Gescher | |
| Uta Röhrmann | Bocholt | |
| Theo Sanders | Bocholt | Vertretung für Herrn Ralf Bertram |
| Peter Schemitzek | Gronau | |
| Ursula Schulte | Vreden | |
| Silke Sommers | Bocholt | |
| Marita Wagner | Gronau | |
| Andreas Wethmar | Vreden | Vertretung für Herrn Josef Leinen |

nicht stimmberechtigte Kreistagsmitglieder:

Jens Steiner

Vertreter/innen der Verwaltung:

Dr. Ansgar Hörster
Reinhard Groschke
Annette Scherwinski
Dr. Gerhard Ettliger
Norbert Nießing
Susanne Lökes
Reinhild Wantia
Jürgen Bietenbeck

Gäste:

Gerrit Lenhard, Vorsitzender der AIDS-Hilfe Westmünsterland Ahaus e. V. (TOP 1)
Manuela Brandt, AIDS-Hilfe Westmünsterland Ahaus e. V. (TOP 1)
Bernhard Lensing, 1. Vorsitzender des Arbeitskreises Behindertenhilfe im Kreis Borken (TOP 4)

Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzende Büscher eröffnet um 17.05 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen, insbesondere die Gäste zu den Tagesordnungspunkten 1 und 4 sowie die Vertreter der Presse. Alsdann stellt sie fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist. Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

**Punkt 1: Vorstellung der Arbeit der AIDS-Koordinatorin des Kreises Borken und der AIDS-Hilfe Westmünsterland Ahaus e.V.
- Mündlicher Bericht -**

Die AIDS-Koordinatorin des Kreises, Frau Reinhild Wantia, und der Vorsitzende der AIDS-Hilfe Westmünsterland Ahaus e.V., Herr Gerrit Lenhard, stellen den Ausschussmitgliedern ihre Arbeit vor.

Die gezeigten Folien sind als Anlage 1 und 2 der Niederschrift beigelegt.

**Punkt 2: Handlungskonzept für Menschen mit psychischen Behinderungen im SGB II
Vorlage: 0126/2012**

Berichterstellerinnen: Frau Lökes
 Frau Wantia

Frau Wantia erläutert kurz den Hintergrund des Handlungskonzepts und das Handlungskonzept selbst. Frau Lökes stellt den Bezug zum SGB II-Bereich dar.

Anschließend lässt Vorsitzende Büscher über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt das Handlungskonzept für Menschen mit Behinderungen im SGB II zur Kenntnis.

Den in zwölf Punkten entworfenen strukturellen wie auch angebotsbezogenen Handlungsempfehlungen und den Umsetzungsvorschlägen wird zugestimmt.

**Punkt 3: Umsetzung SGB II
 - Jahresbericht 2011 -
 Vorlage: 0127/2012**

Berichterstatter: Frau Lökes
 Herr Ahlte

Frau Lökes stellt die Eckpunkte des Jahresberichtes 2011 zur Umsetzung des SGB II heraus.

Es wird auf den als Tischvorlage ausgelegten Vermerk zum Pressebericht in den Westfälischen Nachrichten vom 12.05.2012 zur Umsetzung der Schulsozialarbeit nach BuT in der Stadt Gronau nebst Anlagen hingewiesen. Die Tischvorlage ist als Anlage 3 der Niederschrift beigefügt.

Nach der Beantwortung der anschließenden Fragen lässt Vorsitzende Büscher über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt den Jahresbericht 2011 zur Umsetzung des SGB II zur Kenntnis.

**Punkt 4: Tätigkeitsbericht des Arbeitskreises Behindertenhilfe im Kreis Borken
 Vorlage: 0125/2012**

Berichterstatter: Herr Groschke

Herr Bernhard Lensing, der 1. Vorsitzende des Arbeitskreises Behindertenhilfe, informiert die Ausschussmitglieder über die Struktur, die Aufgaben und die Zielsetzungen des Arbeitskreises und seiner sechs Arbeitsgruppen.

Hierbei geht er insbesondere auf das in der Arbeitsgruppe *Wohnen, Pflege und Beratung* behandelte Thema „Aufnahmeanfragen für stationäres Wohnen für Menschen mit geistiger oder mehrfacher Behinderung“ ein.

In diesem Zusammenhang moniert Frau Schulte im Hinblick auf die Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion vom 05.05.2012 (TOP 10.1), dass nach ihrer Auffassung der Arbeitskreis Behindertenhilfe und die Politik gleichzeitig hätten eingeschaltet werden müssen. Die Politik bleibe erster Ansprechpartner bei solch gravierenden Problemen.

Herr Dr. Hörster entgegnet hierauf, dass bezüglich der angesprochenen Problematik nicht der Kreis Borken, sondern der Landschaftsverband Westfalen-Lippe zuständig sei. Da der Kreisverwaltung Borken dieses Thema sehr wichtig sei, habe man die Angelegenheit in Zu-

sammenarbeit mit dem Arbeitskreis Behindertenhilfe recherchiert und in der Regionalen Planungskonferenz thematisiert. In der Regionalen Planungskonferenz habe der LWL mit dem Arbeitskreis Behindertenhilfe ein weiteres Gespräch vereinbart, um Lösungen zu besprechen. Dieses Gespräch habe nach der Ausschusssitzung gelegen und sollte aus Sicht der Verwaltung zunächst abgewartet werden.

Frau Schulte stellt den Antrag, Herrn Wedershoven vom LWL in der nächsten Sitzung zu diesem Thema in den Ausschuss einzuladen.

Vorsitzende Büscher lässt über diesen Antrag abstimmen.

Beschluss: 13 Ja-Stimmen
 0 Nein-Stimmen
 3 Enthaltungen

(Anmerkung: Ein Mitglied befand sich während der Abstimmung nicht im Kreisausschuss-Sitzungssaal.)

Die Verwaltung wird beauftragt, den Leiter des Referates LWL-Behindertenhilfe; Herrn Wedershoven, zur nächsten Sitzung zum Thema „Aufnahmeanfragen für stationäres Wohnen für Menschen mit geistiger oder mehrfacher Behinderung“ einzuladen.

Herr Lensing weist in seinem weiteren Vortrag auf den ausgelegten neuen *Wegweiser für Menschen mit Behinderung* hin, der in Kooperation mit dem Kreis Borken erarbeitet worden sei.

Als zukünftige Maßnahmen/Ziele nennt Herr Lensing

- die Fachtagung „Inklusion und Wohnen“ im Herbst 2012,
- die Einrichtung eines Beratungsbüros, in dem sich Eltern behinderter Kinder beraten lassen können, die ihr Kind in eine Regelschule einschulen lassen wollen,
- das Thema Inklusion.

Anschließend lässt Vorsitzende Büscher über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt den Tätigkeitsbericht des Arbeitskreises Behindertenhilfe zur Kenntnis.

**Punkt 5: Prüfungsbericht der Gemeindeprüfungsanstalt NRW zur überörtlichen Prüfung des Kreises Borken - Prüfgebiete Soziales und Öffentlicher Gesundheitsdienst
Vorlage: 0128/2012**

Berichterstatter: Kreisdirektor Dr. Hörster
Herr Groschke
Frau Scherwinski
Herr Dr. Ettlinger

Herr Dr. Hörster weist darauf hin, dass die Prüfungsanmerkungen zum großen Teil sehr schematisch seien – viele Anmerkungen seien auch bei anderen Kreisen gemacht worden - und dass der angelegte Maßstab in hohem Maße rein fiskalischer Natur sei.

Frau Schulte merkt an, dass die Prüfungsanmerkung bezüglich der Heimaufsicht (Seite 47) zutreffe und fordert eine Personalaufstockung ein, damit entsprechend dem gesetzlichen Auftrag eine Überprüfung der Einrichtungen einmal pro Jahr erfolgen könne.

Hierauf wird von Herrn Dr. Hörster und Herrn Groschke dargelegt, dass sich die Prüfungsanmerkung auf Daten aus 2008/2009 beziehe. Der Stellenumfang in der Heimaufsicht sei zwischenzeitlich verstärkt worden. Darüber hinaus sei auf Grund des Wohn- und Teilhabegesetzes (WTG) absolut unklar, welche Einrichtungen nunmehr der Heimaufsicht unterliegen würden.

Die Einrichtungen, die unstrittig der Heimaufsicht unterlägen, würden natürlich geprüft. Hinsichtlich der anderen Einrichtungen würde die Frage, ob man unter die Heimaufsicht falle, teilweise durch die Gerichte geklärt. Es bleibe daher die vor der Landtagswahl in Angriff genommene Novellierung des WTG abzuwarten.

Vorsitzende Büscher lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: 11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
6 Enthaltungen

Zum Prüfungsbericht der GPA NRW – Prüfgebiete Soziales und Öffentlicher Gesundheitsdienst - wird den zu den einzelnen Handlungsempfehlungen vorgenommenen Vorschlägen der Verwaltung zugestimmt.

Dem Rechnungsprüfungsausschuss wird empfohlen, sich bei seiner abschließenden Beratung über den gesamten Prüfungsbericht der GPA NRW diesem Beratungsergebnis anzuschließen.

**Punkt 6: Beratungsstelle bei Misshandlung, Vernachlässigung und Missbrauch von Kindern - Antrag der Stiftung St. Agnes-Hospital vom 15.12.2011
Vorlage: 0141/2012**

Berichterstatter: Kreisdirektor Dr. Hörster

Herr Dr. Hörster erläutert kurz die Sitzungsvorlage. Heute gehe es darum, die Freigabe der Mittel zu beschließen. Die Besonderheit liege darin, dass bei diesem Thema sowohl die Jugendhilfe als auch der Runde Tisch GewAlternativen involviert sei. Insoweit sei auch die Budgetfrage und Fachverantwortlichkeit zu klären.

Frau Sommer erklärt für die CDU-Fraktion, dass sie sich für die Freigabe der Mittel ausspreche, damit nicht bestehende Strukturen zerschlagen würden, dass aber für die Zukunft geprüft werde, ob eine weitere Förderung aus dem Bereich der Jugendhilfe erfolge. Herr Huesmann sieht ebenfalls vorrangig die Jugendhilfe fachverantwortlich. Frau Pohl ergänzt dies um den Aspekt, der sich aus dem Bundeskinderschutzgesetz ergibt.

Vorsitzende Büscher lässt über diesen Vorschlag abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Sperrvermerk bei der Förderung der Beratungsstelle bei Misshandlung, Vernachlässigung und Missbrauch von Kindern in Höhe von 16.000 € im Haushalt 2012 beim Budget 04 wird aufgehoben. Eine weitere Förderung in 2013 soll aus der Verantwortlichkeit der Jugendhilfe geprüft werden.

**Punkt 7: Einführung eines Medizinstipendiums für den Kreis Borken zur Sicherstellung und Fortentwicklung der ärztlichen Versorgung im Kreisgebiet
Antrag der Fraktion B90/Die Grünen v. 07.05.2012
Vorlage: 0142/2012**

Herr Dr. Hörster führt aus, dass dem Kreis die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung sehr am Herzen liege. Aus Sicht der Verwaltung sei es jedoch geboten, die Bausteine mit den regionalen Akteuren abzustimmen. So würden die Krankenhäuser der Weiterbildungsverbundes bereits Stipendien anbieten, so dass hier eine Konkurrenzsituation entstehen könnte. Er schlage deshalb vor, dass die Verwaltung diesbezüglich ein regional abgestimmtes Konzept entwickle. In diesem Zusammenhang verweist er auf den als Tischvorlage ausgeteilten Vermerk zu diesem Tagesordnungspunkt. (Der Vermerk ist mit seinen Anlagen als Anlage 4 der Niederschrift beigelegt.)

Kreistagsmitglied Steiner erläutert kurz den Hintergrund des Antrages der Fraktion B90/Die Grünen, sieht jedoch kein Problem darin, wenn die Kreisverwaltung in einen weiteren Dialog mit den regionalen Akteuren tritt. Er wünsche jedoch eine zeitnahe Erledigung.

Auf den Vorwurf des Kreistagsmitglieds Steiner, die Kreisverwaltung habe bislang nicht genug unternommen, verweist Frau Scherwinski auf die bisherigen Aktionen wie Bildung eines Weiterbildungsverbundes Hausarzt, die Erstellung eines innovativen Internetauftritts sowie Auftritte bei Medizinmessen. Sie weist darauf hin, dass dieses Thema auch der Verwaltung ein besonderes Herzensanliegen sei. Die Entwicklung eines mit allen Akteuren abgestimmten Konzeptes benötige nun einmal eine gewisse Zeitspanne.

Vorsitzende Büscher lässt über den Handlungsauftrag an die Verwaltung abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des Antrages der Fraktion B90/Die Grünen ein regional abgestimmtes Konzept zum Einsatz von Stipendien für Mediziner zur weiteren Optimierung und Sicherstellung der ärztlichen Versorgung im Kreisgebiet zu entwickeln.

**Punkt 8: Kenntnisnahme der Neubesetzung des Leiters des Fachbereiches Soziales des Kreises Borken.
Vorlage: 0143/2012**

Berichterstatter: Kreisdirektor Dr. Hörster

Herr Nießing stellt sich dem Ausschuss vor.

Danach lässt Vorsitzende Büscher über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Sozialausschuss nimmt die beabsichtigte Übertragung der Leitung des Fachbereichs Soziales an Herrn Norbert Nießing zur Kenntnis..

Punkt 9: Mitteilungen der Verwaltung

Punkt 9.1: Beauftragte Stelle für den LWL für die Hilfestellung nach § 67 SGB XII

Frau Scherwinski berichtet, dass der LWL an den Kreis Borken herangetreten sei, dass dieser im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung die Hilfeplanung bei Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten (Personenkreis des § 67 SGB XII) für den LWL übernimmt.

Die Vereinbarung sei zunächst bis 2013 befristet. Man gehe von ca. 100 Personen im Jahr aus. Der LWL finanziere diese Aufgabe über Fallpauschalen.

Punkt 9.2: Wegweiser für Menschen mit Behinderung

(Bereits unter TOP 4 behandelt.)

Punkt 10: Anfragen

Punkt 10.1: Anfrage der Fraktion B90/Die Grünen vom 17.04.2012 zur Vorlage eines Erfahrungsberichts zum Pilotprojekt "Zahnärztliche Reihenuntersuchungen" der Kindertagesstätten in Gronau (s. Anlage)

Es wird vereinbart, das Ergebnis des am 30.05.2012 stattfindenden Erfahrungsaustausches im Protokoll mitzuteilen, siehe Anlage 5 zur Niederschrift.

**Punkt 10.2: "Aufnahmeanfragen für stationäres Wohnen für Menschen mit geistiger oder mehrfacher Behinderung" - Weiterbildungsverbund Hausärzte Westmünsterland - Kreis Borken
Anfrage der SPD-Fraktion v. 05.05.2012
Vorlage: 0130/2012**

Die Antworten wurden bereits in der mit der Einladung versandten Stellungnahme gegeben. Im Übrigen wurde der Punkt unter TOP 4 mitbehandelt.

Vorsitzende Büscher schließt und 19.55 Uhr die Sitzung.

Barbara Büscher
Vorsitzende

Jürgen Bietenbeck
Schriftführer